



**Liebe Genossinnen, liebe Genossen,**

**Mit unserer neuen Parteispitze blicken wir nach vorne und packen viele Aufgaben an. Die aktuellen Ereignisse etwa in Thüringen haben einmal mehr gezeigt, wie dringend wir eine starke Sozialdemokratie brauchen. Was ich in den letzten Wochen in Berlin und im Wahlkreis dafür getan habe, erfahrt ihr hier:**

Der Bund hat 2019 mit 13,5 Milliarden Euro einen **Rekord-Überschuss** erzielt. Kaum war diese Meldung im letzten Monat veröffentlicht, überboten sich CDU/CSU und FDP mit Forderungen nach Steuersenkungen für Unternehmen oder der vollständigen Abschaffung des Solidaritätszuschlages. Aber das Geld nutzen für Investitionen in die marode Infrastruktur, in die Ausbildung von Fachkräften, in ein stabiles Rentensystem? Nein, die **FDP** setzt da lieber auf eine „Stärkung der Wertpapierkultur“ und will die Rente weiter privatisieren. In meiner [Bundestagsrede](#) zu ihrem Antrag habe ich gezeigt, wie wenig ihre Politik im

**Interesse von Normalverdienern und Kleinsparern** ist. Es ist reine Klientelpolitik für Reiche. Politik für die wirkliche Mitte der Gesellschaft sieht ganz anders aus. Gemeinsam mit den Abgeordneten Wiebke Esdar, Cansel Kiziltepe und Swen Schulz sowie dem Wirtschaftswissenschaftler Gustav Horn habe ich in einem Gastkommentar im Handelsblatt in dieser Woche für mehr öffentliche Investitionen plädiert. Die 13,5 Milliarden Euro Haushaltsüber-



schuss müssen wir für den Beginn einer **Investitionsoffensive** nutzen. Wir brauchen dringend eine bessere Kinderbetreuung und mehr Kita-Plätze, ebenso wie Ganztagsschulangebote. Die kommunale Infrastruktur bröckelt an vielen Stellen: marode Schwimmbäder, zerfallende Verkehrsinfrastruktur, gefühlt mehr Funklöcher als Mobilfunk. Begleitet werden muss diese Investitionsoffensive von einer Fachkräfteoffensive. Mehr Kita-Plätze bringen uns nichts ohne die dazugehörigen ErzieherInnen und Lehrkräfte, ohne genug Baufachleute kann die Verwaltung die Gelder nicht verbauen. Investitionen brauchen wir außerdem dringend für die Transformation unserer Wirtschaft: Der Industrie- und Dienstleistungsstandort



Deutschland wird in den nächsten Jahren einen grundlegenden Wandel vollziehen, um unter den Bedingungen einer digitalen und ökologisch nachhaltigen Produktion eine Vorreiterrolle einzunehmen. Unseren Artikel in voller Länge findet ihr [hier](#).

---

„Wirtschaftliche Stärke, mehr Chancengleichheit, Gerechtigkeit, Teilhabe und eine stabile demokratische Gesellschaft erreichen wir (...) nur, wenn wir die soziale Ungleichheit in unserem Land verringern.“ Im ersten Positionspapier der **Arbeitsgruppe Verteilungsgerechtigkeit** der SPD-Bundestagsfraktion unter meinem Vorsitz haben wir uns mit der **Einkommens- und Vermögensungleichheit** in Deutschland befasst, ihren Ursachen und den Maßnahmen, die wir dagegen treffen müssen. Der aktuelle Verteilungsbericht der Hans-Böckler-Stiftung zeigt deutlich,



dass die Einkommensungleichheit seit Ende der 1990er-Jahre immer weiter gestiegen ist und wir damit zu den Schlusslichtern in Europa gehören. Gleichzeitig verharrt die Vermögensungleichheit bei uns auf international sehr hohem Niveau. Wertsteigerungen sehen wir vor allem bei Betriebsvermögen und Immobilien, die sich in den Händen einiger weniger konzentriert. Etwa 40

Prozent der Bevölkerung haben dagegen so gut wie kein nennenswertes persönliches Vermögen. Um das zu ändern, brauchen wir unter anderem gute **Arbeitsverhältnisse** mit fairen, tarifgebundenen Löhnen, einen starken, investierenden **Staat**, eine lebensstandardsichernde **Rente** und **Umverteilung** von oben nach unten durch eine Anhebung und Umgestaltung des Spitzensteuersatzes und eine höhere Besteuerung großer Erbschaften. Unsere Analyse und alle Forderungen im Detail findet ihr in unserem [Positionspapier](#).

---

Als Sozialdemokrat und Lehrer liegen mir die Themen Ausbildung und Weiterbildung enorm am Herzen. Gute **Bildung** ist eine wichtige Voraussetzung für gesellschaftliche Aufstiegsmöglichkeiten. Nachdem wir in dieser Legislatur bereits

das BAföG für Schülerinnen und Schüler und Studentinnen und Studenten reformiert und erhöht haben, haben wir in der letzten Sitzungswoche nun auch die Novelle des **Aufstiegs-BAföG** verabschiedet. Damit zeigen wir, dass uns berufliche Weiterbildung genauso viel wert ist wie ein Hochschulstudium. Das Aufstiegs-BAföG richtet sich an Menschen mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung, die beruflich aufsteigen wollen und beispielsweise eine Meisteraus-



bildung an ihre Grundqualifikation anschließen. Wir wollen erreichen, dass die →

Kosten für eine berufliche Weiterbildung Menschen nicht von einer solchen Chance abhalten. Mit der Novelle des Aufstiegs-BAföG erhöhen wir deshalb die Zuschüsse zu Prüfungs- und Lehrgangskosten und senken die Gebühren. Besonders stark profitieren diejenigen, die sich in Vollzeit fortbilden: Die Kosten für ihren **Lebensunterhalt** werden in Zukunft vollständig übernommen. Damit erreichen wir vor allem auch angehende Erzieherinnen und Erzieher, da sie ihre Ausbildung überwiegend in Vollzeit absolvieren. Mit höheren und ausgeweiteten **Kinderzuschlägen** verbessern wir außerdem die Vereinbarkeit von Weiterbildung und Familie. Die Neuregelung des Aufstiegs-BAföG ist ein wichtiges Signal, um Menschen berufliche Weiterentwicklung zu ermöglichen und dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Das Gesetz tritt am 1. August 2020 in Kraft.

Wir im Münchner Umland kennen die schwierige Situation auf dem **Wohnungsmarkt** aus erster Hand: Bezahlbarer Wohnraum ist Mangelware und gleichzeitig wächst die Angst, die eigene Wohnung aufgrund steigender Mieten zu verlieren. Um Mieterinnen und Mieter in angespannten Wohnungsmärkten vor überhöhten Neuvertragsmieten zu schützen, haben wir in der letzten Woche die



Verlängerung der von der SPD eingeführten **Mietpreisbremse** gegen die Widerstände in der CDU/CSU beschlossen. Die Mietpreisbremse deckt Mieterhöhungen bei Neu- oder Wiedervermietungen auf das Niveau der ortsüblichen Vergleichsmiete plus zehn Prozent. Ohne die beschlossene Verlängerung um weitere fünf Jahre wäre die Mietpreisbremse in einigen Bundesländern bereits in diesem Jahr ausgelaufen. Dabei haben zuletzt wissenschaftliche Studien wie die des Deutschen

Instituts für Wirtschaftsforschung gezeigt, dass die Mietpreisbremse wirkt und Mieterinnen und Mieter vor rasant steigenden Mieten schützt. Über die Verlängerung hinaus bin ich aber auch besonders froh über die geplante **Verschärfung der Mietpreisbremse**, die wir über die Vereinbarungen des Koalitionsvertrags hinausgehend durchsetzen konnten: Zu viel gezahlte Miete kann künftig rückwirkend ab Beginn des Mietverhältnisses für bis zu 30 Monate zurückgefordert werden. Zurzeit gilt das erst ab dem Zeitpunkt einer Rüge. Das führt dazu, dass Vermieterinnen und Vermieter erst gar keine unzulässigen Mieten verlangen werden, weil sie sich sonst entsprechenden Rückzahlungsverpflichtungen aussetzen. In dieser Legislatur haben wir als SPD unter anderem mit dem **Mieterschutzgesetz**, der Stärkung des **sozialen Wohnungsbaus**, der **Wohngeldreform** und der Reform der *Grundsteuer* bereits eine ganze Reihe von Verbesserungen auf dem Wohnungsmarkt erreicht. Mit der Verlängerung und Verschärfung der Mietpreisbremse haben wir nun ein →

weiteres Gesetz beschlossen, um Mieterinnen und Mieter besser gegen zu hohe Mieten zu schützen und ihre Rechte zu stärken.

---

### +++ VOR ORT UNTERWEGS +++

**Klimapolitik** muss verbindlich und gerecht sein. Das hat der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende **Matthias Miersch** auf unserer Dialogveranstaltung in Dachau betont. Neben Oberbürgermeister Florian Hartmann waren auch etwa 50 Bürgerinnen und Bürger nach Dachau gekommen, um über **soziale Klimapolitik** zu



sprechen. Diese beteiligten sich rege an der anschließenden **Diskussion** und brachten ihre Anliegen vor: von Windrädern bis zur Haussanierung und von Flugpreisen und Kerosinbesteuerung bis zum Mäusebussard. Das Resümee: Das **Klimaschutzgesetz** ist ein Meilenstein, allerdings darf der soziale Aspekt nicht vergessen werden. Und ohne den Ausbau

der **Erneuerbaren Energien** werden wir die Klimaschutzziele nicht erreichen können.

---

Wegen Überfüllung geschlossen: 400 Leute wollten letzte Woche am Donnerstagabend in Gröbenzell **Kevin Kühnert** sehen und hören, der zum Gespräch mit Bürgermeisterkandidat **Gregor von Uckermann** gekommen war. Und zuvor kamen in Karlsfeld Bürgermeisterkandidat bei **Dr. Bernhard Goodwin** 70 Bürgerinnen und Bürger, um über die Situation im Wohngebiet am Prinzenpark zu sprechen. Fazit des Tages: Die Menschen strömen zu Kevin Kühnert und zur **SPD**. Insgesamt war es ein toller Tag mit vielen Gesprächen, super Kandidaten und den richtigen politischen Antworten auf drängende Fragen.





\*\*\* 26. Februar 2020 | Puchheim \*\*\*

Politischer Aschermittwoch des **SPD-Unterbezirks FFB** mit der **Vorsitzenden der Bundes-SPD Saskia Esken**



\*\*\* 27. Februar 2020 | Karlsfeld \*\*\*

Politischer Ascherdonnerstag mit **Bundesumweltministerin Svenja Schulze**

Thema „Klima - Umwelt - Naturschutz“



\*\*\* 6. März 2020 | Fürstfeldbruck \*\*\*

Abschlussveranstaltung Kommunalwahlkampf im Landkreis FFB mit allen **Kandidatinnen und Kandidaten** sowie dem **Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion Rolf Mützenich**



Herzliche Grüße  
Euer

